

# Verfahrensordnung HOCHTIEF Hinweissystem<sup>1</sup>

Diese Verfahrensordnung legt die Grundsätze für das HOCHTIEF Hinweissystem fest und regelt den Umgang mit eingegangenen Hinweisen bzw. Beschwerden (im Folgenden nur „**Hinweis**“), den Schutz von sowohl hinweisgebenden Personen als auch allen weiteren im Zusammenhang mit eingegangenen Hinweisen stehenden Personen.

## 1. Zweck und Ziel

Unser Denken und Handeln sind wertorientiert: Wir stehen für Integrität, Verlässlichkeit, Innovation, Ergebnisorientierung und Nachhaltigkeit. Unsere Unternehmensgrundsätze dienen als Wegweiser in unserer täglichen Arbeit, intern wie extern. Dabei geben sie die gemeinsamen Überzeugungen aus unserer Unternehmenskultur wieder und helfen uns dabei, erfolgsorientierter zu handeln.

Durch Fehlverhalten, insbesondere durch Verstöße gegen Straf- und Ordnungswidrigkeitsvorschriften sowie unternehmensinterne Regelungen kann HOCHTIEF ein großer Schaden entstehen. Zudem tragen Unternehmen in einer globalisierten Wirtschaft sowohl im eigenen Geschäftsbereich als auch entlang ihrer Lieferketten die Verantwortung für Achtung und Erfüllung menschenrechtlicher und umweltbezogener Pflichten. HOCHTIEF hat dabei den Anspruch, dafür Sorge zu tragen, dass es weder bei Konzerngesellschaften noch bei Lieferanten und Geschäftspartnern zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Um sowohl Verstöße und Fehlverhalten rechtzeitig identifizieren als auch wirksame Maßnahmen zur Prävention und Abhilfe ergreifen zu können, hat HOCHTIEF bereits seit mehreren Jahren ein Beschwerdeverfahren etabliert. Alle Personen, die Kenntnis von möglichen Straftaten, sonstigen Verstößen oder Fehlverhalten erlangen, sollen ermutigt werden, Hinweise auf diese potenziellen Regelverstöße zu melden. Ziel ist es, sicherzustellen, dass unser Handeln an unseren Unternehmensgrundsätzen ausgerichtet ist und hierdurch mögliche Schäden für die Betroffenen, für Mitarbeitende von HOCHTIEF sowie für HOCHTIEF abgewendet werden können. Bei Verstößen stellt HOCHTIEF das erkannte Fehlverhalten umgehend ab. Soweit dies im Einzelfall nicht möglich sein sollte, wirkt HOCHTIEF auf eine Verbesserung der jeweiligen Umstände hin.

Ergänzend zu dieser Verfahrensordnung hat HOCHTIEF weitere interne Regelungen, Standards und Arbeitsanweisungen erlassen, die einzelne Teile und Verantwortlichkeiten in Zusammenhang mit dem HOCHTIEF Hinweissystem näher ausgestalten. Sie sind unternehmensintern veröffentlicht und unbedingt zu beachten.

Diese Verfahrensordnung gilt für die Mitarbeitenden des HOCHTIEF Konzerns, sowie für die zur Bearbeitung hinzugezogenen Dritten.

## 2. Definitionen

Im Sinne dieser Verfahrensordnung sind die nachfolgenden Begriffe folgendermaßen definiert:

**Hinweis** ist die mündliche, schriftliche oder anderweitig übermittelte Mitteilung von Informationen, die zielgerichtet oder zufällig in den Kenntnisbereich von Konzerncompliance gelangt und die hinreichende Anhaltspunkte für (potenzielle) Gesetzes- und/oder Regelverstöße liefert. Hierzu zählt unter anderem:

- ein Verhalten, das straf- bzw. bußgeldbewährt ist,
- sonstige Verstöße gegen Gesetze und Rechtsverordnungen, sowie ein Verhalten, das gegen den HOCHTIEF Code of Conduct (für Vertragspartner) und/oder unternehmensinterne Regelungen verstößt.

---

<sup>1</sup> V2 – Status: November 2023

**Hinweisgebende Person** ist jede natürliche Person, die im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit oder im Vorfeld einer beruflichen Tätigkeit einen Hinweis abgibt. Dabei kann es sich sowohl um aktuelle als auch ehemalige Mitarbeitende, Vertragspartner (bspw. Auftraggeber, Nachunternehmer, Lieferanten, (Service-)Dienstleister etc.), Unterauftragnehmer sowie jeden sonstigen Dritten handeln.

**Sonstige Dritte** sind Personen, die Gegenstand eines Hinweises sind, sowie sonstige Personen, die von einem Hinweis betroffen sind.

**Mittler** ist jede natürliche Person, die eine hinweisgebende Person im Rahmen der Meldung unterstützt und deren Unterstützung vertraulich sein soll.

Soweit im Folgenden von der hinweisgebenden Person gesprochen wird, umfasst dies auch die sonstigen Dritten und den Mittler.

**Meldewege** sind:

- das webbasierte System „HOCHTIEF Integrity Line“ ([hochtief \(integrityline.com\)](https://hochtief.integrityline.com)),
- die Telefonnummern des Ombudsmannes Dr. Stefan Tierel (0800 8862525 (kostenfreie Anrufe aus Deutschland) bzw. +49 30 88625254 (Anrufe aus dem Ausland),
- die E-Mail Adresse [compliance@hochtief.de](mailto:compliance@hochtief.de),
- die persönliche Meldung bei Konzerncompliance, Konzernrevision, den Personalabteilungen bzw. bei dem/der jeweiligen Vorgesetzten,
- die externe Meldestelle des Bundesamtes für Justiz ([BfJ - Hinweisgeberstelle \(bundesjustizamt.de\)](https://www.bfj.de/Hinweisgeberstelle)).

Nähere Informationen zu den einzelnen Meldewegen finden sich im Rahmen der Beschreibung des Verfahrensablaufes in Ziffer 4.1.

**Case Manager** sind Mitarbeitende mit Compliance-Funktion, die, die für die Entgegennahme und Aufklärung von Hinweisen notwendige Fachkunde besitzen. Sie bieten die Gewähr für unparteiisches Handeln und sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Ausschließlich die Case Manager haben Zugang zum sog. *backend* (= System zur Fallbearbeitung) des webbasierten Systems.

**Repressalien** sind Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit, die eine Reaktion auf einen Hinweis sind und durch die der hinweisgebenden Person ein ungerechtfertigter Nachteil entsteht oder entstehen kann.

### 3. Verfahrensgrundsätze

Basis des HOCHTIEF Hinweissystems ist Vertrauen. Hinweisgebende Personen können sich auf sichere Meldewege verlassen. Unabhängig davon, welchen Meldeweg die hinweisgebende Person wählt, gelten die nachstehenden Verfahrensgrundsätze gleichermaßen und uneingeschränkt.

#### 3.1. Allgemein

Alle Hinweise werden von den Case Managern gemäß den nachstehenden Grundsätzen aufgearbeitet. Dabei sind die Case Manager in Ausübung Ihrer Tätigkeit als Fallbearbeiter in Bezug auf eingegangene Hinweise (weisungs-)unabhängig. Allen Hinweisen wird mit der gebotenen Sorgfalt nachgegangen. Geltende Datenschutzgesetze werden zu jedem Zeitpunkt eingehalten; die Betroffenenrechte nach der DSGVO werden berücksichtigt.

Sofern Mitarbeitende der Abteilung Konzerncompliance oder die Case Manager durch die gemeldeten Hinweise selbst betroffen sind, werden diese aufgrund dessen von der weiteren Bear-

beutung ausgeschlossen. Dies gilt unabhängig von ihrer (potenziellen) Rolle im gemeldeten Hinweis. Die weitere Aufklärung und Untersuchung obliegt dann der Abteilung Konzernrevision. Die diesbezügliche Dokumentation wird entsprechend im webbasierten System abgelegt.

### **3.2. Vertraulichkeit**

Die Identität der hinweisgebenden Person oder sonstige Umstände, die Rückschlüsse auf die Identität der hinweisgebenden Person erlauben (bspw. Alter, Geschlecht, Abteilungszugehörigkeit etc.), werden stets vertraulich behandelt. Sie werden zu keinem Zeitpunkt weitergegeben, es sei denn, HOCHTIEF ist aufgrund gesetzlicher Bestimmungen<sup>2</sup> dazu verpflichtet. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn insbesondere auf Verlangen einer Behörde (bspw. Strafverfolgungsbehörde, Verwaltungsbehörde, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bundeskartellamt) oder einer gerichtlichen Entscheidung die Weitergabe gefordert wird. Ferner, wenn die hinweisgebende Person in die Weitergabe eingewilligt hat bzw. die Weitergabe für Folgemaßnahmen bzw. im Rahmen der internen Untersuchung erforderlich ist.

Vor einer Weitergabe wird die hinweisgebende Person hierüber informiert, es sei denn, die jeweilige Behörde oder das Gericht hat mitgeteilt, dass durch diese Weitergabe die entsprechenden Ermittlungen, Untersuchungen oder Gerichtsverfahren gefährdet würden. Der hinweisgebenden Person sind zugleich die Gründe für die Weitergabe schriftlich bzw. elektronisch darzulegen.

Das Gebot der Vertraulichkeit gilt nicht bzw. lediglich eingeschränkt für Personen, die vorsätzlich bzw. grob fahrlässig unrichtige Informationen über Verstöße melden.

HOCHTIEF hält zu jedem Zeitpunkt den Kreis der Personen, die umfassende Kenntnisse in Bezug auf die vertraulichen Informationen und Zugang zu diesen erhalten, so klein wie möglich („need-to-know-Prinzip“).

### **3.3. Anonymität**

Auf Wunsch kann die hinweisgebende Person ihren Hinweis über alle Meldewege auch anonym abgeben. HOCHTIEF wird in diesem Fall keinerlei Maßnahmen ergreifen, um die Identität der hinweisgebenden Person zu ermitteln. Sollte aufgrund des Inhalts des Hinweises ein Rückschluss auf die Identität der hinweisgebenden Person möglich sein, wird HOCHTIEF diese Erkenntnis vertraulich behandeln.

Die hinweisgebende Person sollte bedenken, dass bei einer anonymen Meldung eine Kommunikation mit HOCHTIEF grundsätzlich nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist. Erfahrungsgemäß sind zur vollständigen Aufklärung von Hinweisen aber Rückfragen erforderlich.

### **3.4. Unschuldsvermutung**

Vertrauen und Wertschätzung gegenüber Mitarbeitenden hat höchste Priorität. Aus diesem Grund gilt – bis zu einem etwaigen Beweis des Gegenteils – grundsätzlich für alle Mitarbeitenden, sowie sonstigen betroffenen Personen, die in Hinweisen benannt werden, die Unschuldsvermutung.

---

<sup>2</sup> Zu den weiteren Einzelheiten finden Sie hier den gesamten Text des Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG): [HinSchG - nichtamtliches Inhaltsverzeichnis \(gesetze-im-internet.de\)](#) Die Ausnahmen in Bezug auf das Vertraulichkeitsgebot finden sich in § 9 HinSchG

### **3.5. Schutz vor Repressalien**

HOCHTIEF wird keinerlei Druck, Zwang oder Repressalien gegen hinweisgebende Personen und alle anderen Personen, die dazu beitragen, regelkonformes Verhalten bei HOCHTIEF zu fördern, ausüben und toleriert dies auch nicht, wenn es seitens Dritter erfolgt. Dies gilt auch bereits für die Androhung von Repressalien und den Versuch, diese auszuüben.

Damit genießt jede hinweisgebende Person, die nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig falsche Informationen meldet, Schutz vor Repressalien jedweder Art, die sich – wenn auch lediglich mittelbar – auf die Meldung zurückführen lassen.

HOCHTIEF stellt damit sicher, dass keiner hinweisgebenden Person aus der Einhaltung von Recht, Gesetz und unternehmensinternen Vorgaben ein Nachteil im Unternehmen oder im Geschäftsverkehr mit HOCHTIEF erwächst.

## **4. Verfahrensablauf**

### **4.1. Meldewege**

HOCHTIEF gewährleistet die Barrierefreiheit des Hinweissystems in höchstmöglichem Maße. Aus diesem Grund gibt es unterschiedliche Meldewege. Dabei kann jede hinweisgebende Person frei entscheiden und nach ihren eigenen (Sprach-)Kenntnissen und Fähigkeiten beurteilen, welchen Meldeweg sie wählen möchte. Der Verfahrensablauf ist unabhängig vom gewählten Meldeweg stets identisch.

Es steht allen potenziell hinweisgebenden Personen frei, zu wählen, ob sie sich an eine interne oder externe Meldestelle wenden. Eine schnellstmögliche Aufklärung des gemeldeten Sachverhaltes ist jedoch nur bei einer internen Meldung gewährleistet. Eine Meldung an eine externe Meldestelle wird im Regelfall ohnehin – nach einer zeitintensiven Vorprüfung durch die externe Meldestelle – an HOCHTIEF zur Aufklärung abgegeben.

HOCHTIEF verfügt über ein webbasiertes System. Dieses System steht 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche unter [hochtief - Startseite \(integrityline.com\)](https://www.hochtief-integrityline.com) oder alternativ über den Zugang auf der HOCHTIEF-Webseite oder im Indoor zur Verfügung. Es kann mit jedem internetfähigen Gerät (Laptop, Smartphone, Tablet etc.) genutzt werden. Das System ist auf Deutsch, Englisch, Tschechisch, Polnisch, Französisch und Luxemburgisch verfügbar. Sofern erforderlich, wird HOCHTIEF weitere Sprachen integrieren.

Bei jeder Meldung über das webbasierte System hat die hinweisgebende Person ein sogenanntes „sicheres Postfach“ einzurichten. Über dieses sichere Postfach kann mit der hinweisgebenden Person, auch bei einer anonymen Meldung und unter fortdauernder Wahrung der Anonymität, sicher und verschlüsselt kommuniziert werden. Somit können im Zweifelsfall eventuelle Rückfragen gestellt werden.<sup>3</sup>

Weiterhin umfasst das HOCHTIEF Hinweissystem die Möglichkeit der telefonischen bzw. persönlichen Meldung. So steht mit Herrn Dr. Stefan Tierel von der Kanzlei Tierel & Mühlenfeld mit Sitz in Düsseldorf und Krefeld (Deutschland) ein Ombudsmann zur Entgegennahme von Hin-

---

<sup>3</sup> Bei einer anonymen Meldung unter Nutzung der IT-Systeme von HOCHTIEF ist nicht vollständig auszuschließen, dass der Zugriff auf das webbasierte System über ein internes HOCHTIEF IT-Netzwerk – fälschlicherweise – nachverfolgt wird. Aus diesem Grund empfiehlt HOCHTIEF daher, weder ein HOCHTIEF-Gerät noch ein HOCHTIEF IT-Netzwerk zu verwenden, um die vollständige Anonymität zu gewährleisten. HOCHTIEF stellt jedoch sicher, dass zu keinem Zeitpunkt technische Mittel eingesetzt werden, um die Anonymität der hinweisgebenden Person aufzuheben. HOCHTIEF empfiehlt außerdem, alle lokalen Daten auf dem Gerät, das für die Meldung verwendet wurde, unwiederbringlich zu löschen.

weisen auf Deutsch und Englisch zur Verfügung. Herr Dr. Tierel ist unter 0800 8862525 (kostenfreie Anrufe aus Deutschland) bzw. unter +49 30 88625254 (Anrufe aus dem Ausland) erreichbar.

Zudem können sich alle Mitarbeitenden jederzeit an ihren Vorgesetzten, die Konzernrevision, die Personalabteilung und/oder Konzerncompliance wenden, um einen Hinweis abzugeben.

Unabhängig vom Meldeweg erfasst Konzerncompliance alle Hinweise im webbasierten System.

#### **4.2. Zuständigkeit**

Die Zuständigkeit in Bezug auf die Bereitstellung sämtlicher Meldewege – mit Ausnahme der Mitteilung an den Vorgesetzten oder andere Fachabteilungen – liegt bei Konzerncompliance.

Des Weiteren ist Konzerncompliance für die Koordinierung und Steuerung der Aufklärung sämtlicher eingegangener compliance-relevanter Hinweise zuständig, es sei denn, die hinweisgebende Person wünscht ausdrücklich eine dezentrale Aufklärung bzw. Bearbeitung des Hinweises in der jeweiligen Einheit. „Compliance-relevant“ in diesem Sinne umfasst die Bereiche Anti-Korruption, Kartellrecht, Geldwäsche, Anti-Terror (Sanktionen), Wirtschaftsstrafrecht im Allgemeinen (Fraud) sowie das Thema menschenrechtliche- und umweltbezogene Pflichten.

Sofern der Hinweis nicht compliance-relevant ist, wird er an die zuständigen Fachabteilungen weitergegeben und von diesen – ggf. unter Mitwirkung von Konzerncompliance – selbstständig aufgearbeitet.

#### **4.3. Aufklärung eingegangener Hinweise**

Alle Hinweise werden durch die Case Manager unter Beachtung aller Verfahrensgrundsätze nach Ziff. 3) untersucht.

Die hinweisgebende Person erhält spätestens nach sieben Tagen eine Bestätigung über den Eingang des Hinweises. Ausgenommen hiervon ist eine Meldung über das webbasierte System. Hier gilt allerdings bereits die Abgabe des Hinweises in das System als Bestätigung.

Darüber hinaus kann die hinweisgebende Person zu jedem Zeitpunkt der Untersuchung ein Gespräch mit dem zuständigen Case Manager oder sonstigen zuständigen Personen, die von Konzerncompliance in die Aufklärung des Hinweises eingebunden wurden, führen, indem der Sachverhalt – und etwaige Erwartungen an Präventions- und Abhilfemaßnahmen – ausführlich erörtert werden können. Dies schließt die Möglichkeit der einvernehmlichen Streitbeilegung ein.

HOCHTIEF wird die hinweisgebende Person innerhalb der folgenden drei Monate über den Stand des Verfahrens und etwaige ergriffene (Folge-)Maßnahmen informieren, es sei denn hierdurch werden interne Nachforschungen bzw. Ermittlungen nachhaltig berührt und die Rechte der Personen, die Gegenstand einer Meldung sind oder die in der Meldung genannt werden, beeinträchtigt.

Sofern es für die umfassende Untersuchung des Hinweises sachdienlich erscheint, werden andere (Fach-)Abteilungen eingebunden. Fachabteilungen, die für die Aufklärung nicht compliance-relevanter Hinweise zuständig sind, entscheiden unter Beachtung der Verfahrensgrundsätze gem. Ziff. 3 nach eigenem Ermessen, welche Verfahrensschritte unternommen werden. Sie informieren Konzerncompliance regelmäßig schriftlich über den Stand des Verfahrens. Im Fall von anonymen Hinweisen über das webbasierte System verbleibt die Kommunikation mit der hinweisgebenden Person mittels des sicheren Postfaches bei Konzerncompliance.

#### **4.4. Abschluss der Untersuchung**

Nach Abschluss der Untersuchung und Umsetzung etwaiger (Folge-)Maßnahmen (bspw. Durchführung interne Untersuchung, Einstellung der Untersuchung, Abgabe der Untersuchung

an zuständige Fachabteilung bzw. Behörde, Abschluss des Verfahrens etc.) wird der Hinweis im webbasierten System als geschlossen gekennzeichnet.

Bei nicht compliance-relevanten Hinweisen unterrichtet die zuständige Fachabteilung Konzerncompliance schriftlich über den Abschluss der Untersuchungen. Sofern die Aufklärung des Sachverhalts und/oder vorgeschlagene Maßnahmen der Fachabteilungen aus Sicht von Konzerncompliance nicht plausibel oder offenkundig fehlerhaft sind, wird Konzerncompliance darauf hinwirken, dass eine erneute Befassung mit dem Sachverhalt stattfindet. Sofern eine Einigung nicht erzielt werden kann, erfolgt eine Eskalation über das Compliance Committee bis hin zu den jeweiligen Vorgesetzten und/oder Geschäftsleitungen.

Die hinweisgebende Person wird über den Abschluss der Ermittlungen informiert.